



Newsletter

Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



© Fotostudio Liebhart

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Newsletter, mit dem ich Sie über Neuigkeiten aus unserer Tätigkeit informieren darf, erreicht Sie in außergewöhnlich schwierigen Zeiten.

Das Pessach-Fest erinnert an den Auszug der Israeliten aus Ägypten, an ihre Befreiung aus der Sklaverei. „Befreiung“ wird in diesem Jahr, mehr als in anderen, ein zentrales Motiv des Pessach-Festes sein - noch immer befinden sich über 100 israelische Geiseln in der Gewalt der Hamas im Gaza-Streifen.

Der 7. Oktober 2023, der brutale Überfall von Terroristen auf israelisches Territorium, die grausame Ermordung von etwa 1.200 Menschen (die meisten von ihnen Zivilisten) und die Verschleppung von über 250 Geiseln – all dies markiert einen Einschnitt, dessen Schwere wir kaum begonnen haben zu ermessen.

Während die israelische Armee gegen die Hamas kämpft und die palästinensische Zivilbevölkerung im Gaza-Streifen unter den Folgen der Kampfmaßnahmen leidet, hat sich die internationale Reaktion schon bald nach der Attacke gewandelt: Einem kurzen Entsetzen und (mehr oder weniger deutlichen) Solidaritäts-

bekundungen mit Israel folgte mit Fortdauer der Kampfhandlungen wachsende Kritik an der israelischen Regierung, die unter anderem in der Anklage vor dem Internationalen Gerichtshof mündete. In Deutschland lässt sich ebenfalls eine Zweiteilung feststellen: Während die Politik samt allen Spitzenvertretern sich an die Seite Israels stellte, gab es schon kurz nach dem 7. Oktober viele pro-palästinensische Demonstrationen. Dabei wurden neben legitimen Forderungen nach Frieden und Freiheit leider allzu häufig antisemitische Parolen laut – die zuständigen Behörden haben hier deutschlandweit, aber insbesondere in Bayern durch entsprechende Auflagen entgegengesteuert. Nicht verhindern konnten sie, dass einmal mehr Jüdinnen und Juden in Deutschland, in Bayern zur Zielscheibe von Angriffen wurden – verbale Attacken, Drohungen, Schmähungen in digitalen Medien führten dazu, dass viele Gemeinden vorübergehend ihre öffentlichen Aktivitäten einstellten bzw.

In dieser Ausgabe lesen Sie:

	<i>Titelseite</i>
<i>Editorial</i>	
<i>Am Abgrund: Besuch des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder in Israel</i>	3
<i>„Me Too Unkess You’re Jew“</i>	4
<i>Antisemitische Straftaten verursachen auch in Bayern Angst</i>	5
<i>Save the Date: „Reden über...“</i>	6
<i>Zeit für Klarheit - 10 Punkte-Papier für die praktische Solidarität mit Israel und jüdisches Leben in Deutschland</i>	7
<i>Antisemitismusbeauftragter Spaenle „Dossenberger Gymnasium leistet wichtigen Beitrag zur Erinnerungsarbeit“</i>	10
<i>Schmähplastiken erklären und sich klar distanzieren - Forum der Erzdiözese Bamberg zu antijüdischen Kunst an und in Kirchen</i>	11
<i>Regierungsbeauftragter Dr. Spaenle mit erweitertem Aufgabenzuschnitt und neuer Zuordnung in der Staatsregierung im Amt bestätigt</i>	12
<i>Wanted - Gesucht! Wir suchen Objekte zum Thema: „Wie erzählt man von der jüdischen Schule?“</i>	14
<i>Save the Date - Landestreffen „Jüdisches Leben in Bayern“</i>	14
<i>Impressum</i>	14

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

stark reduzierten (s. auch den Artikel zum Thema „Sicherheit“).

Auf die Attacke des 7. Oktober und ihre Folgen habe ich mit einem Strategiepapier zur Unterstützung Israels und der jüdischen Gemeinschaft in Bayern und Deutschland reagiert (s. Artikel „Zeit für Klarheit“). Ich bin der Staatsregierung dankbar, dass einige Anregungen bereits aufgegriffen wurden. So konnte im Dezember bei einer Delegationsreise des bayerischen Ministerpräsidenten nach Israel, an der ich teilnehmen durfte, eine Vereinbarung mit der Nationalen Gedenkstätte Yad Vashem abgeschlossen werden, die es staatlichen Einrichtungen erlaubt, Fortbildungen für Beschäftigte aus vielen Bereichen (Polizei, Verwaltung, Fachbehörden) in Kooperation mit Yad Vashem anzubieten.

Der Anschlag auf die Synagoge in Oldenburg verdeutlicht leider, dass diese Maßnahmen überaus notwendig sind.

Gegenüber den weltpolitischen Erschütterungen mögen die Neuigkeiten aus dem Bereich meiner Geschäftsstelle fast nebensächlich erscheinen.

Zunächst ist es mir eine große Ehre, dass Ministerpräsident Dr. Markus Söder mich abermals zum Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe berufen hat. Diese Berufung ging mit der Ansiedelung des Antisemitismusbeauftragten und meiner Geschäftsstelle in der Bayerischen Staatskanzlei einher. Seit November 2023 sind wir damit unter neuer Anschrift erreichbar – an dieser Stelle darf ich dem gesamten Team der Staatskanzlei, insbesondere der Amtschefin, Staatsrätin Karolina Gernbauer, für den freundlichen Empfang und die umfängliche Unterstützung beim Umzug danken.

Auch personell ist die Geschäftsstelle nun neu aufgestellt. Zum Jahresende ist Claudia Binswanger zum Landesverein für Heimatpflege gewechselt und setzt dort ihre Arbeit für ein wachsendes Netzwerk Jüdisches Leben in Bayern fort. Neben der bewährten Mitarbeit von Elke Kapell, Dr. Ludwig Unger, Dr. Robert Sigel und Ulrich Fritz konnten wir Dr. Julie Grimmeisen, Frank Müller und Christoph Huber in unserem Kreis begrüßen. Näheres zu den Kolleginnen und Kollegen und ihren Aufgaben finden Sie am Ende dieses Newsletters. Ein wichtiges Aufgabenfeld – und hier schließt sich der Kreis – wird Israel sein, womit sowohl die bayerisch-israelischen Beziehungen als auch das Thema „Israel und der Nahe Osten“ umfasst sind: ersteres insbesondere in Zusammenarbeit mit dem bayerischen Büro in Tel Aviv zu intensivieren, letzteres in den Lehrplänen, der Forschung und Vermittlung, aber auch im öffentlichen Diskurs stärker zu profilieren wird ein Schwerpunkt unserer Arbeit in den nächsten Jahren sein.

Ich danke Ihnen allen für das bisherige Vertrauen, für die gute Zusammenarbeit und Ihre vielfältigen Anregungen und auch Kritik. Über vieles müssen wir streiten, aber ein gemeinsames Ziel sollten wir nicht aus den Augen verlieren: Lassen Sie uns gemeinsam weiter dafür arbeiten, dass jüdisches Leben in Bayern, in Deutschland sich frei und ungefährdet entfalten kann.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihren Familien Gesundheit und „Chag Pessach Sameach“.

Ihr



Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister a.D.

Vereinbarung mit der Nationalen Gedenkstätte Yad Vashem in Israel abgeschlossen

Am Abgrund Besuch des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder in Israel

Israel Mitte Dezember – Ministerpräsident Dr. Markus Söder besuchte den jüdischen Staat gut zehn Wochen nach der Terrortat der Hamas. Als Antisemitismusbeauftragter war ich Mitglied der bayerischen Delegation. Wir fanden ein Land im kollektiven Trauma vor. Die beiden Metropolen Jerusalems und Tel Aviv waren wie ausgewechselt. Leere Straßen, wenige Menschen unterwegs, greifbar gedrückte Stimmung.

Solidarität und Information aus erster Hand waren der Anlass der ersten Auslandsreise des Bayerischen Ministerpräsidenten nach der Landtagswahl. Der Empfang durch den israelischen Staatspräsidenten Jitzchak Herzog und den Außenminister Eli Cohen zeigten die positive Wahrnehmung dieser Visite. In beiden Gesprächen wurde die fundamentale Erschütterung des Terrorangriffs für den jüdischen Staat mehr als deutlich – die Tatsache der Verletzbarkeit der Grenzen und der Streitkräfte ebenso wie die psychologisch niederschmetternde Wirkung des grenzenlosen Terrors.



Der Besuch des Kibbuz Nir Oz, eines der überfallenen Dörfer, im südlichen Bereich in Sichtweite des Gazastreifens war ein Erlebnis, das ich nie vergessen werde. Allein die Einfahrt in die evakuierte Sperrzone, menschenleer. Der Ort selbst, idyllisch gelegen und als Gartendorf angelegt, bot ein Bild der absoluten Zerstörung. Ausgebrannte Häuser, verwüstete Ruinen, Spuren von massiver Gewalt.



Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



Erschütternd waren die Schilderungen der Überlebenden. Ein solches Ausmaß an Terror und roher Gewalt gegen Kinder, Frauen und Männer ist



kaum vorstellbar. Die Bilder, die ich mitnahm, sowohl photographisch wie im Gedächtnis, sprechen für sich. Is

„Me Too Unless You ´re a Jew“

Das brutale Massaker der Hamas-Terroristen hat die gesamte israelische Gesellschaft traumatisiert. Dabei nehmen die sexualisierten Gewalttaten, die die Terroristen an diesem Tag verübten, eine besondere Rolle ein. Die israelische Frauenrechtlerin und Rechtsprofessorin Ruth Halperin-Kaddari erwartete nach dem 7.10., dass internationale Menschenrechtsorganisationen sofort erkennen würden, dass hier eines der schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit der letzten Jahre begangen worden sei. Zu ihrem großen Entsetzen kam es zu keiner scharfen Verurteilung. Auch nachdem sie u.a. die Organisation UN Women speziell auf die systematische sexualisierte Gewalt gegen Frauen während des Schwarzen Samstags hingewiesen hatte, blieb die Unterstützung aus. Viele israelische Aktivistinnen, wie Halperin-Kaddari,

fühlten sich im Stich gelassen. Hierauf prägten sie den Slogan „Me Too unless you´re a Jew“ <https://www.spiegel.de/ausland/es-geht-darum-die-schlimmsten-aengste-jedes-menschen-wahrzumachen-a-4d6e6d4b-e8cc-4f97-90d5-cf229f158333>

Die Sprachlosigkeit ist verständlich angesichts des Grauens, das sich ereignete. Die Gewalttaten der Hamas-Terroristen an diesem Tag erreichten ein ungekanntes Ausmaß. Darüber hinaus gingen sie mit ihren Gräueltaten multimedial hausieren. Die Veröffentlichung des Massakers sollte dazu dienen, jegliches Sicherheitsgefühl in Israel zu zerstören, war aber auch Teil einer PR-Strategie, um neue Kämpfer anzuwerben und den Hass auf selbstbestimmte Frauen zu schüren. Die ausbleibende internationale Verurteilung der sexualisierten Gewalt zeigt beispielhaft, wie der Staat Israel

**Das internationale Strafrecht
erkennt seit 2002
sexualisierte Gewalt als
Kriegswaffe an.**

sich mit Doppelstandards auseinandersetzen muss. Als im Frühjahr 2022 die Gräueltaten der russischen Soldaten im ukrainischen Butscha öffentlich wurden, verlangte UN Women umgehend eine Untersuchung zu den Vorwürfen der sexualisierten Gewalt. Israelinnen sehen sich dagegen seitdem mit der schmerzhaften Herausforderung konfrontiert, selbst tätig werden zu müssen. Sie sammeln

Beweise und bauen Druck auf die Öffentlichkeit auf, dass die „Gewaltorgie“, so der Historiker Dan Diner, vom 7.10. ins Bewusstsein und schlussendlich vor Gericht gebracht wird. Das internationale Strafrecht erkennt seit 2002 sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe an, die als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bewertet werden kann. jg

Antisemitische Straftaten verursachen auch in Bayern Angst

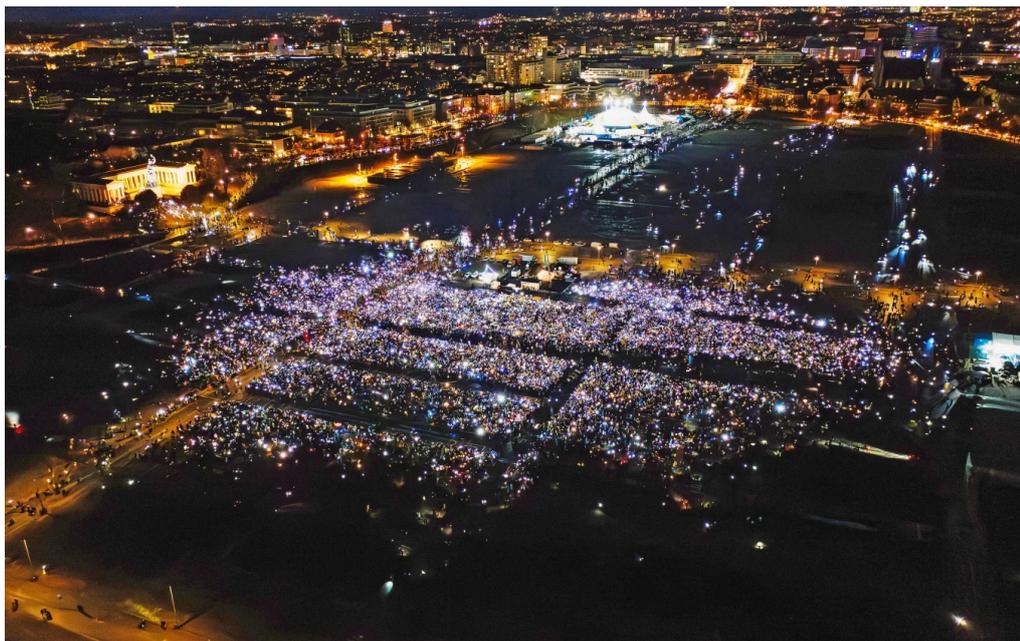
Es gibt Tage, die sind wie eine Schleuse. Einmal hochgezogen, bricht sich das Wasser Bahn, es fließt, strömt, wird womöglich zur Flut. Ein solcher Tag war der 7. Oktober 2023. Die grauenvollen Massaker der Hamas in Israel haben auch in Deutschland eine Dynamik der Verunsicherung in Gang gesetzt, die das Leben von wahrscheinlich allen Juden in Deutschland, aber auch das von vielen Nicht-Juden verändert hat.

Zu unterscheiden sind das subjektive Sicherheitsgefühl und die objektive Sicherheitslage. Sich sicher fühlen und sicher sein – das ist nicht unbedingt deckungsgleich, manchmal sogar gegenläufig. Für den 7. Oktober kann klar gesagt werden: Er hat sowohl das subjektive Sicherheitsgefühl als auch die objektive Sicherheitslage für die jüdische Bevölkerung verändert.

Dass viele Jüdinnen und Juden sich unsicherer fühlen, liegt auf der Hand. Die Terroranschläge haben Freunde getroffen, Verwandte, Freunde von Freunden, Angehörige der Gemeinschaft. Das macht Angst. Reaktionen, die bei uns einlaufen, und zahllose Berichte in den Medien zeigen dasselbe Bild: Menschen fürchten sich vor Übergriffen, sie haben Angst, auf der Straße kenntlich zu sein, sie machen sich Gedanken, ob Deutschland noch der richtige Platz für sie ist. Angriffe, wie der auf den Studenten Lahav Shapira in Berlin sind für viele ein Fanal. Auch die objektive Sicherheitslage gibt wenig Anlass zur Beruhigung.

Die bayerischen Sicherheitsbehörden hatten schon vor dem 7. Oktober einen massiven Anstieg antisemitischer Straftaten registriert: 538 waren es im Jahr 2023, das sind 50 % mehr als im Vorjahr. Noch besorgniserregender sind die Details. Sie zeigen ab dem 7. Oktober eine weitere drastische Zunahme: Mehr als 40 % der gesamten antisemitischen Straftaten von 2023 entfallen auf die Zeit nach dem 7. Oktober. Weit überproportional sind in diesem Zeitraum übrigens die Taten mit ausländisch-ideologischem und mit religiös motiviertem Hintergrund gestiegen. Andreas Franck, der Zentrale Antisemitismusbeauftragte der Bayerischen Justiz, berichtet von 210 eingeleiteten Strafverfahren im Zusammenhang mit den Angriffen vom 7. Oktober, etwa wegen Billigung von Straftaten oder Volksverhetzung. Die Stelle von Dr. Ludwig Spaenle als Beauftragter des Freistaats für Jüdisches Leben und gegen Antisemitismus ist ein Signal dafür, dass der Staat diesen Entwicklungen nicht zusehen, sondern sie mit aller Macht bekämpfen und überwinden wollen. Was derzeit an antisemitischen Umtrieben sichtbar wird, bedroht Juden ganz konkret in ihrer Lebensführung und in ihrer Sicherheit. Das ist ein Problem für Jüdinnen und Juden, aber nicht der Jüdinnen und Juden. Es ist ein Problem und eine Schande für Deutschland insgesamt. Der Beauftragte hat auf diesen Trend sehr schnell und mit umfassenden Forderungen reagiert: in zahllosen

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



Lichter, die Hoffnung geben: Zehntausende Münchner zeigten beim „Lichtermeer“ auf der Theresienwiese am 11. Februar ihren Einsatz für Demokratie, gegen Antisemitismus und gegen Rassismus.

© Suleyman Siki

Ein „Lichtermeer“ für Demokratie

Briefen, Stellungnahmen, Auftritten, Gesprächen und in seinem Zehn-Punkte-Papier „Zeit für Klarheit“. Gefordert werden neben einem harten Durchgreifen von Polizei und Justiz auch neue Anstrengungen in der inner- und außerschulischen Bildungsarbeit. Ein zentraler Punkt für Spaenle ist es, die Förderung des jüdischen Lebens und den Kampf gegen Juden-hass in die Bayerische Verfassung aufzunehmen. Für Bayern lässt sich festhalten, dass

wir nicht die Exzesse des antisemitischen Mobs erlebt haben wie beispielsweise Berlin. Das ist ein kleiner Erfolg in schwierigen Zeiten, gerade für unsere Sicherheitsbehörden. Es ist auch ein Erfolg für die vielen zehntausend Menschen, die bei großen Demonstrationen in München und anderswo explizit auch gegen Antisemitismus auf die Straße gegangen sind. Aber ausruhen darf man sich darauf nicht. Denn weniger schlimm ist noch lange nicht gut. fm

Save the Date - „Reden über ...“

Im Rahmen der Vortrags- und Diskussionsreihe „Reden über...“, die der Antisemitismusbeauftragte in Kooperation mit der LMU München durchführt, findet am Donnerstag, den 18. Juli, ein Vortrag mit Frau Prof. Dr. Dr. h.c. Monika Schwarz-Friesel statt. Die Linguistin von der TU Berlin spricht zum Thema: Aktueller Antisemitismus: Zwischen opportuner Adaption

und virulenter Obsessivität. Wir freuen uns, den Vortrag in Kooperation mit der Deutsch-Israelischen Gesellschaft München durchführen zu können.

Ort: Ludwig-Maximilians-Universität (LMU), Geschwister-Scholl-Platz 1, München, Kleine Aula (A 120)
Datum: Donnerstag, 18. Juli 2024
Zeit: 18:30 Uhr

Zeit für Klarheit - 10-Punkte-Papier für die praktische Solidarität mit Israel und jüdisches Leben in Deutschland

In Reaktion auf den Terroranschlag der Hamas am 7. Oktober 2023 hat der Antisemitismusbeauftragte Dr. Spaenle im November folgende praktische Maßnahmen vorgeschlagen:

1. Verankerung des Staatsziels „Schutz jüdischen Lebens und Bekämpfung des Antisemitismus“ in der Bayerischen Verfassung und im Grundgesetz

a) In der Bayerischen Verfassung sollte wie in anderen Landesverfassungen der Schutz jüdischen Lebens und der Kampf gegen Antisemitismus als Verfassungsziel fixiert werden.

b) Neben den Landesverfassungen sollte der Schutz jüdischen Lebens und der Kampf gegen Antisemitismus auch im Grundgesetz verankert werden.

2. Deutschlandinitiative für Israelis: Psychisch und physisch Verletzten sollte ein Deutschlandaufenthalt angeboten werden, als Erholungs- und Rückzugsraum. Ausnahmsweise sollten zur Unterstützung Israels in der jetzigen Situation auch reguläre Mittel für den Jugendaustausch verwendet werden können, etwa für einseitige Fahrten von Israel nach Bayern/Deutschland, ohne dass ein Gegenbesuch derzeit absehbar und planbar ist. Das wäre eine konkrete Hilfe und ein praktisches Zeichen der Solidarität mit Israel.

Ausbau des Deutsch-Israelischen Jugendwerks: Das Deutsch-Israelische Jugendwerk, das sich gegenwärtig im Aufbau befindet, sollte finanziell deutlich besser ausgestattet werden und damit in den Stand versetzt werden, den Austausch zwischen deutschen und israelischen Jugendlichen effizienter und umfassender zu organisieren.

3. Einrichtung von interministeriellen Arbeitsgruppen auf Länderebene. Bayern hat 2021 eine Interministerielle Arbeitsgruppe (IMAG) zur Erarbeitung und Umsetzung eines bayerischen Gesamtkonzepts „Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus“ eingerichtet. Dies empfehlen wir auch den anderen Bundesländern: In der institutionalisierten Arbeitsgruppe unter Federführung des Kultusministeriums können

alle Aspekte zur staatlichen Förderung jüdischen Lebens und zur Bekämpfung des Antisemitismus gebündelt werden. Die staatliche Seite kann damit auch die Kooperation mit der Zivilgesellschaft über ressortbezogene und punktuelle Projekte hinaus in einen Gesamtrahmen stellen, der eine langfristige Umsetzung von Konzepten mit konstanter Evaluation und Anpassung auf neue Situationen ermöglicht. Dank der Schaffung entsprechender Strukturen konnte in Bayern auf die Folgen des 7. Oktobers schnell reagiert werden.

Zu einem Gesamtkonzept gehört auch ein Kooperationsabkommen mit Yad Vashem: Die Bayerische Staatsregierung hat ein umfassendes Kooperationsabkommen aller Ministerien, nachgeordneten Behörden etc. mit Yad Vashem vorbereitet, das den Austausch, die Schulung etc. von vielen Berufsgruppen und Multiplikatoren (weit über den bisher schon bestehenden Austausch im Bildungsbereich hinaus) vorsieht. Dieses Abkommen könnte schnell unterzeichnet und der Austausch organisiert werden.

4. Deutschlandweite Umsetzung der bayerischen IHRA-Strategie: Auf Empfehlung des Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe haben die bayerische Staatsregierung und die kommunalen Spitzenverbände, sowie über 80 Verbände, Vereine, Kirchen, Arbeitnehmer und Gewerkschaften, Kirchen und NGOs die Antisemitismus-Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) angenommen. Sie soll zu einer Grundlage ihres Handelns werden. Die Definition klärt, welche Handlungen und Haltungen antisemitisch sind, und anhand von Beispielen insbesondere, welche Haltung zu Israel vertretbar ist und wo vermeintliche „Israelkritik“ ein Deckmantel für antisemitische Ansichten ist.

5. Ausbau der Sicherheitsmaßnahmen für jüdische Gemeinden und Institutionen: Die Leistungen der Sicherheits-

Förderung des jüdischen Lebens und Kampf gegen Judenhass in die Bayerische Verfassung aufnehmen

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

kräfte in den Bundesländern verdienen in höchstem Maße Anerkennung. Wie in Bayern bereits geschehen, müssen angesichts der aktuellen Lage die Sicherheitsmaßnahmen überprüft und gegebenenfalls angepasst werden. Insbesondere sollten den jüdischen Gemeinden/ Institutionen Mittel bereitgestellt werden, damit diese (ggf. auch kurzfristig) zusätzliches Sicherheitspersonal beschäftigen können. Die kostenintensive Beschäftigung von Sicherheitspersonal ist ohnehin vonnöten, da die Polizei kein Hausrecht in den Liegenschaften der Gemeinden und Institutionen hat.

Verbesserung des Wissensstandes zu Israel

6. Paten- und Partnerschaften für israelische Gemeinden und Einrichtungen: Neben dem Ausbau von Städtepartnerschaften könnten große deutsche NGOs (Rotes Kreuz, Feuerwehren, THW, Wohlfahrtsverbände, Handwerk etc.) Partnerschaften mit israelischen Organisationen aufbauen. In vielen Fällen gibt es bereits langjährige Zusammenarbeit zwischen den Organisationen, so dass Bayern und Deutschland hier eine umfängliche Unterstützung und Zusammenarbeit anbieten können. Für Bayern kann dafür das Büro des Freistaats Bayern für Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie, Bildung und Jugendaustausch, das im Dezember 2017 in Tel Aviv eröffnet wurde, noch stärker als bisher Unterstützung leisten und die strategische Zusammenarbeit zwischen Israel und Bayern fördern.

7. Klare Stellungnahme der Islamverbände und Förderung interreligiöser Dialogs: Wir fordern die Islam-Verbände in Deutschland auf, sich klar vom Terror der Hamas zu distanzieren und mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, v.a. auch mit jüdischen Gemeinden, in den Dialog zu treten. Ein positives Zeichen haben die gegenseitigen Besuche von Imamen und der Jüdischen Gemeinde Köln Ende Oktober 2023 gesetzt. Bewährte Modelle der interreligiösen Zusammenarbeit, der Jugend- und Sozialarbeit (wie das Projekt „Youthbridge“ der Europäischen Janusz-Korczak-Akademie) müssen verstärkt unterstützt

werden.

Ebenso fordern wir dazu auf, von pauschalen Verurteilungen „der Muslime“ abzusehen. Angriffe auf muslimische Bürger und Einrichtungen sind zu verurteilen und mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu verfolgen.

8. BDS-Bewegung klar als antisemitisch benennen: Wie der Deutsche Bundestag im Mai 2019 könnten die Landesparlamente die Boykottbewegung gegen Israel (BDS: Boykott, Desinvestitionen, Sanktionen) als antisemitisch verurteilen und die vom Bundestag verabschiedeten Beschlüsse übernehmen.

Dazu gehört auch die Umsetzung der dort beschriebenen Maßnahmen. Auf Landes- und kommunaler Ebene sollte etwa die Möglichkeit geschaffen werden, die Vergabe kommunaler Räume an BDS-unterstützende Organisationen zu unterbinden. Vergleichbare eindeutig antisemitische Bewegungen müssen klar identifiziert werden, ihre Betätigung mit rechtlichen Mitteln eingeschränkt werden, wie dies etwa mit dem bundesweiten Verbot des Samidoun-Netzwerks geschehen ist.

Das Ziel muss eine bundesweit eindeutige Positionierung sein, für die auf eine breit fundierte Grundlage zurückgegriffen werden kann (u.a. Publikationen des American Jewish Committee und des Anne-Frank-Zentrums, Gutachten einer Arbeitsgruppe der Bund-Länder-Kommission der Antisemitismusbeauftragten etc.).

9. Kritische Überprüfung und Verbesserung des Wissensstandes zu Israel im Bildungsbereich: Wie Studien u.a. im Auftrag des Zentralrats der Juden zum Israelbild in Schulbüchern zeigen, herrscht sowohl bzgl. der Lehrpläne und Lehrmaterialien wie in den Lehrerbildungsplänen großer Bedarf an besserer Wissensvermittlung zu Antisemitismus, zum Nahostkonflikt sowie zu „Israel today“.

a) Wir schlagen eine konzentrierte Umsetzung der „Gemeinsamen Empfehlung des Zentralrats der Juden in Deutschland, der Bund-Länder-Kom-

mission der Antisemitismusbeauftragten und der Kultusministerkonferenz zum Umgang mit Antisemitismus in der Schule“ (2021) vor. Die Empfehlung benennt nicht nur umfassend praktische Möglichkeiten der Behandlung des Themas Antisemitismus in Unterricht und Schulleben, sondern listet auch zahlreiche Maßnahmen für die Bildungsverwaltung und Bildungspolitik auf, die insbesondere in den Bundesländern umgesetzt werden könnten. Mit der AG Antisemitismus steht ein arbeitendes Gremium aus Fachleuten zur Verfügung, die Hinweise für eine rasche Umsetzung erarbeiten kann.

b) Für den Schulbereich hat das bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus die Website „Bayern gegen Antisemitismus“ gestartet. Sie bietet Hilfe für konkrete „Handlungsräume“ – etwa das Klassenzimmer oder das Lehrerzimmer – und darüber hinaus eine Fülle von Hintergrundinformationen und Materialien

<https://www.gegen-antisemitismus.bayern.de/> Besonders wichtig sind Bildungs- und Präventionsangebote im außerschulischen Bereich. Träger der Erwachsenenbildung wie die Volkshochschulen, Akademien und andere, sind zentrale Multiplikatoren für Wissen über die Geschichte des Antisemitismus, über jüdisches Leben in Deutschland und über Israel und den Nahen Osten. Auch im Bereich der zivilgesellschaftlichen Organisationen, vor allem im Sportbereich, muss Antisemitismus entschieden bekämpft werden. Das Präventionsprojekt „Zusammen1“ <https://zusammen1.de/> von Makkabi Deutschland, die Vereinsarbeit etwa des FC Bayern München, von Borussia Dortmund oder dem 1. FC Nürnberg als positive Beispiele genannt.

10. Stärkung des Kampfes gegen Antisemitismus im Wissenschaftsbereich – Förderung der Kompetenzen zu jüdischem Leben und zu Israel

a) Unterbindung antisemitischer Veranstaltungen, Unterstützung jüdischer, israelischer und mit Israel solidarischer Studierender

An vielen Hochschulen haben antisemitische Veranstaltungen zugenommen, werden jüdische und israelische Studierende ebenso angegangen wie solche, die sich mit Israel solidarisieren. Daher hat sich die Bund-Länder-Kommission

der Antisemitismusbeauftragten mit drei Forderungen an die Hochschulrektorenkonferenz gewandt:

1. in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Ordnungsbehörden zu prüfen, wie Rechtsverstöße auf Veranstaltungen unterbunden werden können;
2. alles Erforderliche zu unternehmen, um den Schutz jüdischer, israelischer, und sich mit Israel bzw. Jüdinnen und Juden solidarisierenden Studierender zu gewährleisten;
3. die Schaffung von Antisemitismusbeauftragten an den Hochschulen zu prüfen.

b) Israelkompetenz in Wissenschaft und Forschung stärken: In Bayern und Deutschland sollten bestehende Angebote zu Studium und Vermittlung von Kenntnissen über Israel und den Nahen Osten ausgebaut werden. So sollte das Zentrum für Israel-Studien an der Ludwig-Maximilians-Universität München in seinem Bestand gesichert werden, was neben Verstärkung von Stellen auch Mittel für Gastprofessuren umfasst. Darüber erscheint der Aufbau weiterer Kapazitäten in Anbetracht der oben geschilderten Umstände dringend geboten.

c) Ausrollen einschlägiger erprobter Angebote

Im Bereich der Lehrerbildung wird in Würzburg der Erwerb des ZABUS (Zertifikat der Antisemitismuskritischen Bildung in Unterricht und Schule, Julius-Maximilians-Universität Würzburg) angeboten. Zahlreiche Universitäten haben bereits Interesse geäußert.

An potentiell alle Beschäftigten im Wissenschaftsbetrieb wendet sich das ZIM (Zertifikat Interreligiöse Mediation, Universität Augsburg), das im Rahmen eines Erweiterungsstudiengangs erworben werden kann.

Beide Projekte haben Inhalte erarbeitet, die mit überschaubarem personellem Aufwand flächendeckend angeboten werden können. Deshalb plädieren wir für eine entsprechende gesicherte Förderung dieser Projekte.

d) Einrichtung weiterer wissenschaftlicher Formate: Mit Plattformen wie etwa Forschungsverbänden, Sonderforschungsbereichen, kann die wissenschaftliche Befassung mit jüdischem Leben und Antisemitismus vertieft werden (Beispiel: Forschungsnetzwerk „Antisemitismus im 21. Jahrhundert“ <https://www.fona21.org/>).

Antisemitismusbeauftragter Spaenle: „Dossenberger Gymnasium leistet wichtigen Beitrag zur Erinnerungsarbeit“

Lernzirkel Judentum in Ichenhausen ein herausragendes Beispiel

GÜNZBURG. Einen „wichtigen Beitrag zur Erinnerungsarbeit leisten die Schülerinnen und Schüler des Dossenberger Gymnasiums“. In 25 Jahren haben sie rund 26.500 Grundschülerinnen und Grundschüler aus dem schwäbischen Landkreis Günzburg erreicht. Sie haben ihnen vermittelt, wie Jüdinnen und Juden im Alltag leben, was sie glauben und wie schwierig das Verhältnis zwischen Judentum und Christentum über viele Jahrhunderte war. Konkret werden die Informationen durch die Anbindung der Informationsarbeit des Lernzirkels an die ehemalige Synagoge von Ichenhausen – ein Erinnerungsort besonderer Art.

In jedem Frühjahr unterrichten dabei Neuntklässlerinnen und -klässler des Lernzirkels die kleinen Besucherinnen und Besucher des Erinnerungsorts. Der Vorteil liegt auf der Hand, wenn ältere Schülerinnen und Schüler die jüngeren thematisch an die Hand nehmen – die Infos sind oft weniger abstrakt und näher auf die Zielgruppe ausgerichtet – gleichwohl durch die Lehrkraft überprüft und zutreffend. Konkret können die kleinen Besucherinnen und Besucher in Ichenhausen jüdische Speisen probieren, sie sehen den siebenarmigen Leuchter und erfahren etwas über seine Aussage; sie werfen einen Blick auf das rituelle Tauchbad, die Mikwe, besuchen den jüdischen Friedhof und suchen nach Antworten auf Fragen zum mosaischen Glauben und Persönlichkeiten, die sich zu dem bekannt haben und bekennen.

Bei einer Feierstunde im März würdigte der Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches

Erbe, Dr. Ludwig Spaenle, den Lernzirkel. Er hatte diesen im vergangenen Jahr für die Verleihung des Staatspreises für Unterricht und Kultus vorgeschlagen – die Projektarbeit von Michael Salbaum und der Dossenberger Gymnasiasten sind entsprechend ausgezeichnet worden.

Dr. Spaenle sieht den Lernzirkel Judentum in Ichenhausen als ein „herausragendes Beispiel, bei dem Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Jahrgangsstufen ein bedeutendes jüdisches Gebäudeensemble in Ichenhausen als außerschulischen Lernort nutzen und hier Geschichte jüdischen Lebens an junge Menschen vermitteln. Es ist beispielhaft, wie die jungen Leute ihr Wissen zu verschiedenen Themenschwerpunkten aus dem jüdischen Leben in der Projektwoche an mehreren Stationen in der ehemaligen Synagoge und auf dem jüdischen Friedhof Grundschülerinnen und -schüler weitergeben – ein bayernweites Leuchtturmprojekt mit Vorbildcharakter“. Der Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, Volker Beck, betonte, er kenne in ganz Deutschland kein vergleichbares schulisches Projekt.

Der Landkreis Günzburg ist sich der Bedeutung des Lernzirkels bewusst. Er unterstützt das Projekt und finanziert z. B. Busse, mit denen die Grundschülerinnen und -schüler aus dem Landkreis zur Synagoge nach Ichenhausen und zum jüdischen Friedhof gebracht werden. Die Arbeit der jungen Leute schätzen auch Schwabens Bezirkstagspräsident Martin Sailer sowie Dr. Margarethe Hackermeier, die Katholische Präsidentin des Deutschen Koordinierungsrates der Gesellschaften für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. lu

Schmähplastiken erklären und sich klar distanzieren - Forum der Erzdiözese Bamberg zu antijüdischer Kunst an und in Kirchen



Fürstenportal am Bamberger Dom, 13. Jh. Links die Figur der Ecclesia, rechts die Synagoga
© Andreas Praefcke, 2008

BAMBERG. „Ecclesia et Synagoga – Antijüdische Kunst an und in Kirchen“, die Problematik des richtigen Umgangs damit diskutierten Expertinnen und Experten – konkretes Beispiel waren zwei Darstellungen am Bamberger Dom. Anliegen der einladenden Kunstabteilungsleiterin der Erzdiözese Bamberg, Dr. Birgit Kastner, ist es, die spätmittelalterlichen Darstellungen zu kontextualisieren und so den Menschen heute klarzumachen, dass die Augenbinde und der gebrochene Stab der Synagoga als Zeichen der Zeit gedeutet werden müssen. Die katholische Kirche distanziert sich heute von dieser Sichtweise. Darin stimmte ihr Domkapitular Prof. Dr. Elmar Koziel zu, der das antijüdische Bildprogramm im Dom in seiner Entstehung und Botschaft erklärte. Er riet dazu, aus dem Schandmal gegen Juden ein Mahnmal für das Fehlverhalten der katholischen Kirche werden zu lassen. Dr. Martin Brandl vom Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege zeigte am Beispiel von antijüdischen Darstellungen aus der frühen Neuzeit in fränkischen Goteshäusern auf, dass sich ein verantwortungsbewusster Umgang auch mit belasteten Darstellungen aus vergangenen Zeiten realisieren lasse.

Dr. Ludwig Unger, Pressesprecher

des Antisemitismusbeauftragten und Landeshistoriker, verwies auf die Ergebnisse des bayernweiten Runden Tisches zum Umgang mit judenfeindlichen Darstellungen an historischen Gebäuden. Zu diesem hatte Bayerns Antisemitismusbeauftragter Dr. Ludwig Spaenle 2020 eingeladen. Die antijüdische Darstellung solle nicht vom historischen Ort entfernt, aber historisch eingewertet werden. Eine klare und sichtbare Distanzierung heute sei dringend geboten. Bildungsarbeit und ein breites Informationsangebot dienen der Aufarbeitung. Unger sagte: „Wir müssen die Jüdinnen und Juden bei der Suche nach dem richtigen Weg zum Umgang mit Schmähdarstellungen vor Ort einbinden.“ In Regensburg wurde auf Initiative von Dr. Spaenle gemeinsam mit der Jüdischen Gemeinde, staatlichen und kirchlichen Einrichtungen eine Erklärungstafel zu der sog. „Judensau“ am Dom einschließlich eines Begleitprogramms entwickelt. Die Ergebnisse des Runden Tisches in Bayern und speziell zu Regensburg wurde von der Kernaussage durch die Entscheidung des Bundesgerichtshofs zur Schmähplastik „Judensau“ in der Wittenberger Stadtkirche von Juni 2022 bestätigt.

Schandmal gegen Juden heute ein Mahnmal

lu

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

„Regierungsbeauftragter Dr. Spaenle mit erweitertem Aufgabenzuschnitt und neuer Zuordnung in der Staatsregierung im Amt bestätigt

MÜNCHEN. Dr. Ludwig Spaenle wurde von der Bayerischen Staatsregierung für die neue Regierungsperiode als Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und jüdisches Leben in seinem Amt bestätigt. Mit der Bestätigung im Amt sind mehrere Veränderungen verbunden.

**Weiterhin auch
Ansprechpartner für Sinti
und Roma in Bayern**

1. Mit der Wiederbestellung erfolgt auch eine neue organisatorische Zuordnung – nämlich zur Bayerischen Staatskanzlei.
2. Intensiviert wird die unmittelbare Zusammenarbeit des Antisemitismusbeauftragten mit dem Bayerischen Büro in Tel Aviv. Sie wird so ausgestaltet, dass der Antisemitismusbeauftragte unter Beibehaltung der Zuständigkeit in der Staatskanzlei auch fachlich zuständig wird für die Aufgaben des Büros. Dazu wird das Bayerische Büro in Tel Aviv beauftragt, ihn unmittelbar zu unterstützen.
3. Wie bisher bleibt Dr. Spaenle auch der Ansprechpartner für die Sinti und Roma in Bayern. Diese Neuordnung fußt auf einem Beschluss des Bayerischen Kabinetts vom 14. November. Die Geschäftsstelle wurde angesichts der gesellschaftlichen und politischen Situation in Bayern und Deutschland sowie der damit verbundenen Zunahme an Aufgaben personell aufgestockt.

Vorstellung der Geschäftsstelle

Ulrich Fritz

koordiniert als Leiter der Geschäftsstelle die Tätigkeiten innerhalb der Geschäftsstelle und vertritt sie nach außen. Neben der Erinnerungskultur bearbeitet er vor allem die Themen Antisemitismus und jüdisches Leben. Er war viele Jahre für die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg und für die Stiftung Bayerische Gedenkstätten tätig.

Dr. Julie Grimmeisen

ist im Team Ansprechperson für jüdisches Leben in Bayern und den Schwerpunkt Israel. Vor ihrem Wechsel war sie sechs Jahre am Generalkonsulat des Staates Israel mit der Leitung des Bildungsbereichs und des Büros der Generalkonsulin betraut. Zuvor lehrte sie am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur an der LMU München.

Christoph Huber

ist insbesondere für die Bereiche Bildung und Erinnerungsarbeit zuständig, mit denen er sich zuvor auch bei seinen Tätigkeiten für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, die Bayerische Staatskanzlei und die Bayerische Museumsakademie beschäftigte. Mit seiner Erfahrung als Gymnasial- und ehemaliger Seminarlehrer steht er Ihnen bei Anliegen und Projekten aus den Schulen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Elke Kapell

ist seit 2018 als Vorzimmer des Beauftragten und als Mitarbeiterin in der Geschäftsstelle tätig. Als Verwaltungsangestellte konnte Sie Erfahrungen bei der Bayerischen Landesbildstelle Südbayern, dem Institut für Schulpädagogik und Bildungsforschung und bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit sammeln. Sie kümmert sich insbesondere um die Homepage und Veröffentlichungen des Beauftragten.

Frank Müller

Frank Müller kümmert sich seit Dezember 2023 in der Geschäftsstelle vor allem um die Bereiche Sicherheit, Kultur und Wirtschaft. Er arbeitete viele Jahre als Journalist unter anderem für die SZ und die FAZ, im Anschluss war er seit 2018 im Planungsstab des Ministerpräsidenten in der Staatskanzlei.

Dr. Robert Sigel

besitzt als langjähriger Gymnasiallehrer und Mitarbeiter in der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit hervorragende Kompetenzen in den Bereichen Holocaust Education und Gedenkstättenpädagogik. Besonders wertvoll ist sein Expertenwissen in den Themenfeldern Antisemitismus und Antiziganismus, zu denen er auch wissenschaftlich publiziert.

Dr. Ludwig Unger

ist der Pressesprecher des Beauftragten. Um dessen Arbeit bestmöglich nach außen zu tragen. Der Historiker unterstützt die Geschäftsstelle neben seiner Referatsleitertätigkeit in der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit. Seine umfangliche Kenntnis der Presselandschaft und seine vielfältigen Kontakte ermöglichen ein gezieltes Wirken auch über die bayerischen Grenzen hinaus.

Beauftragter der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus
für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe



Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien
ein frohes und koscheres Pessachfest.
Chag Pessach Sameach ve Kasher!

Dr. Ludwig Spaenle, MdL
Staatsminister a.D.

und
das Team der Geschäftsstelle

Der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe

WANTED – GESUCHT!

Wir suchen Objekte zum Thema
Wie erzählt man von der jüdischen Schule ...?



Für 2024/25 ist die Erneuerung der Dauerausstellung zur Geschichte der **Jüdischen Schule in Bayern** im Bayerischen Schulmuseum Ichenhausen geplant. Das Thema ist für die Erinnerung an das jüdische Leben im heutigen Bayern von großer Bedeutung.

Haben Sie spannende, interessante, sprechende Objekte, die eine Geschichte erzählen, Biographien beinhalten oder einfach nur überraschend sind? Es könnte „auch ein Füllfederhalter sein“, der uns ein Geschichte über die jüdische Besitzerin/den jüdischen Besitzer berichten kann.

Und sind Sie bereit, uns diese Objekte als Dauerleihgabe für die neue Ausstellung zur Verfügung zu stellen?

Speziell suchen wir Objekte zu folgenden Themen

- Jüdischer Schulalltag im 19. Jahrhundert und 20. Jahrhundert:
Gegenstände von Schülern wie Stifte, Federmäppchen, Poesiealben, Tagebücher, Zeugnisse
Gegenstände von Lehrern oder auch Lehrmittel (z.B. Bücher, Wandkarten)
- Jüdische Schülerinnen und Schüler im 20. Jahrhundert:
z.B. Feldpostbriefe, Fotos von jüdischer Soldaten im Schulalter, Einsatz von Schülerinnen im Lazarett, Gegenstände aus dem Schulalltag
- Fotos oder Gegenstände jüdischer Schulen im Dritten Reich und im Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart

Ihre Ansprechpartnerin im Bayerischen Nationalmuseum:

Dr. Angelika Schuster
Prinzregentenstraße 3
80538 München
089 21124 330
angelika.schuster@bayerisches-nationalmuseum.de

Save the Date - Landestreffen „Jüdisches Leben in Bayern“ am Freitag, den 7. Juni 2024 in Nürnberg

Am Freitag, 7. Juni 2024, findet zum vierten Mal das Landestreffen „Jüdisches Leben in Bayern“ statt. Wir dürfen dabei wieder im Heimatministerium in Nürnberg zu Gast sein (Bankgasse 9, 90402 Nürnberg). Dieses Jahr wird die Veranstaltung gemeinsam vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege e.V. und dem

Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, Dr. Ludwig Spaenle, organisiert.

Weitere Informationen zum Programm und zur Anmeldung folgen in Kürze.
uf

Beauftragter
der Bayerischen Staatsregierung
für jüdisches Leben und gegen
Antisemitismus,
für Erinnerungsarbeit
und geschichtliches Erbe

Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister a.D.

ANSCHRIFT:
Franz-Josef-Strauß-Ring 1
80539 München

TELEFON:
(089) 2165 2380

E-MAIL:
[Antisemitismusbeauftragter@
stk.bayern.de](mailto:Antisemitismusbeauftragter@stk.bayern.de)

PRESSE:
Presse.
[Antisemitismusbeauftragter@
stk.bayern.de](mailto:Antisemitismusbeauftragter@stk.bayern.de)

INTERNET:
[www.
Antisemitismusbeauftragter.
bayern.de](http://www.Antisemitismusbeauftragter.bayern.de)

Verantwortlich:

Dr. Ludwig Spaenle
Staatsminister a.D.

Redaktion:

Ulrich Fritz
Dr. Ludwig Unger

Beiträge:

Ulrich Fritz
Dr. Julie Grimmeisen
Christoph Huber
Frank Müller
Dr. Robert Sigel
Dr. Ludwig Spaenle
Dr. Ludwig Unger

Bildnachweis:

Wie angegeben

Bildbearbeitung und Gestaltung:

Elke Kapell

Newsletter April 2024